

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die sich seit dem 1. September in Tarifverhandlungen befinden. Wir unterstützen die Forderung von ver.di, GEW, GdP, IG BAU und dbb Beamtenbund nach 4,8 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 150 Euro, nach 100 Euro für alle Auszubildenden und nach einer Arbeitszeitangleichung im Osten an das Westgebiet.

Während des Lockdowns waren es die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die die Gesellschaft zusammengehalten haben. Wie zum Beispiel das Pflegepersonal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, das unter erhöhtem Infektionsrisiko die medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt hat. Die Kolleginnen und Kollegen von der Müllabfuhr, die die Straßen sauber gehalten und für den Abtransport des Mülls gesorgt haben. Oder die Beschäftigten in den Kindertagesstätten, die Notfallbetreuungen für diejenigen organisierten, die ihre Kinder nirgendwo anders hingeben konnten. Aus Sicht der LINKEN ist es unerträglich, dass sie alle über Monate als systemrelevant beklatscht wurden und ihre Forderungen nun als überzogen bezeichnet werden.

Wir sagen: Wer systemrelevant ist, der soll auch anständig bezahlt werden.

DIE LINKE verurteilt das Auftreten der Arbeitgeber aufs Schärfste. Wir weisen darauf hin, dass es gewählte Politikerinnen und Politiker sind, die sich hier in der Arbeitgeberrolle befinden. Sie fordern „Augenmaß“ und die Bereitschaft zum Verzicht, weil aus ihrer Sicht „die Folgen der Pandemie von der gesamten Gesellschaft getragen werden“ müssten.

Wir sagen: Wer von den Beschäftigten Verzicht fordert, der sollte erklären, warum noch immer keine Vermögensabgabe eingeführt wurde. Auch Reiche und Superreiche gehören zur Gesellschaft und sollten zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden.

Aus Sicht der LINKEN ist der Kampf der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst mehr als eine Tarifrunde. Es ist der Auftakt zu den Verteilungsauseinandersetzungen um die Kosten der Corona-Krise. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, was uns öffentliche Daseinsvorsorge, was uns die Bildung unserer Kinder, die Pflege in Altenheimen und Krankenhäusern oder die öffentliche Müllabfuhr wert sind. Die Kolleginnen und Kollegen haben in dieser Auseinandersetzung DIE LINKE an ihrer Seite.

Antragsstellende: Ulrike Eifler, Christiane Tenbenschel, Jules El-Khatib, Katja Heyn, Friedrich Straetmanns, Daniel Kerekes, Hannes Draeger, Michael Sievers, Sonja Neuhaus, Niema Movassat, Matthias W. Birkwald,

Angelika Link-Wilden, Wolfgang Freye, Nese Kartal, Dirk Jacob, Ilja Bergen, Christian Patz, Wolfgang Lindweiler, Foti Matentzoglou, Igor Gvozden